

Pakistan im Überblick

zusammengestellt von Thomas Gugler

Ex-Präsident Zardari verhaftet

Asif Ali Zardari, Vizechef der pakistanischen Volkspartei (PPP), wurde am 10. Juni in Islamabad verhaftet. Pakistans elftem Präsidenten (2008-2013) werden Geldwäsche, Falschkonten und Bestechung vorgeworfen, so der Sprecher der Nationalen Rechenschaftsbehörde (NAB). Das Kautionsgesuch Zardaris wurde abgelehnt. Der Witwer der 2007 ermordeten ehemaligen Premierministerin Benazir Bhutto war bereits elf Jahre im Gefängnis, bevor er Präsident wurde. Auf eigene Kosten wurden ihm sein Privatbett, persönliche Kleidung, ein Massagesessel, zwei Kühlschränke, ein Flachbildfernseher und ein Bediensteter in seiner Zelle gestattet. Über den Einbau einer Klimaanlage wird verhandelt. Der dreimalige Premierminister Nawaz Sharif befindet sich ebenfalls im Gefängnis. Imran Khan löst damit das Wahlversprechen der Korruptionsbekämpfung ein. Die Opposition kritisiert die Verhaftungen als politisch motiviert. Zardari und Sharif gelten als Verfechter ziviler Regierungen, während Imran Khan als militärfreundlich gilt.

Mitte Juli wurden Ermittlungen gegen Khawaja Asif (ebenfalls PML-N) eingeleitet. Dem früheren Verteidigungs- (2013-2017) und Außenminister (2017-2018) wird vorgeworfen, aufgrund der Annahme einer bezahlten Tätigkeit für eine ausländische Firma mit Sitz in Dubai ein Risiko für die nationale Sicherheit darzustellen.

Zensur bei Interviews

Am 1. Juli wurde die Übertragung eines Interviews mit Zardari auf *Geo TV* nach wenigen Minuten unterbrochen. Diese staatliche Zensur wurde als schwerer Eingriff in die Pressefreiheit kritisiert. Am 11. Juli wurde die Übertragung eines Interviews mit Maryam Nawaz Sharif, Vizechefin der Muslimliga (PML-N) und Tochter des inhaftierten ehemaligen Premierministers Nawaz Sharif, auf *Hum News* unterbrochen. Wenige Tage zuvor wurden bereits die Übertragungen ihrer Pressekonferenz auf *AbbTak TV*, *24 News* und *Capital TV* unterbrochen. Die Regierung bekräftigte ihren Entschluss, Berichterstattungen zu Politikern, die gegenwärtig Angeklagte in Ermittlungsverfahren sind, gegebenenfalls zu untersagen und forderte Journalisten auf, die Ver-

fassung zu respektieren und das Vertrauen in den Rechtsstaat nicht grundlos zu untergraben.

Wirtschaftskrise

Pakistans Wirtschaftswachstum wird nach dem Bericht der Regierung für dieses Jahr etwa 3,3 Prozent betragen. Für 2020 werden 2,4 Prozent erwartet. Sämtliche Zielmarken (etwa 6,2 Prozent für das Wirtschaftswachstum 2019) wurden nicht erreicht. Die Inflation soll in den nächsten zwölf Monaten zwischen 11 und 13 Prozent liegen. Die Opposition sieht den Wirtschaftsbericht als Manifest des Scheiterns von Imran Khan. Die Regierungspartei hingegen kritisiert die Opposition wegen der Festbeschreibung unrealistischer Erwartungen während des Wahlkampfes im letzten Jahr. Der IWF rechnet für dieses Jahr mit einem Wachstum der Wirtschaft in Pakistan von 2,9 Prozent. Die Asiatische Entwicklungsbank gewährte Pakistan Mitte Juni finanzielle Unterstützung in Höhe von 3,4 Milliarden US-Dollar.

Ende der Steueramnesie

Etwa ein Prozent der pakistanischen Bevölkerung zahlt Einkommensteuer. Eine Verlängerung der Steueramnesie nach 30. Juni sei aufgrund der IMF-Kreditbedingungen nicht weiter möglich. Die Abteilung für Einnahmen (FBR) sammelte im Laufe des Juni daher Kontoinformationen sämtlicher Bankkonten mit einem Guthaben von mindestens fünf Millionen Rupien (etwa 30.000 Euro). Unter den mehr als 4,5 Millionen Kontoinhabern befanden sich weniger als 1,2 Millionen registrierte Steuerzahler. Die Behörde betont, der verbesserte Informationsaustausch mit den Banken sei keine Maßnahme zur Eintreibung von Steuern.

Bevölkerungswachstum

Laut UN-Bericht zum Bevölkerungswachstum wächst die weltweite Bevölkerung von gegenwärtig 7,7 Milliarden auf 9,7 Milliarden im Jahr 2050. Pakistan gehört zu den neun Ländern mit dem höchsten Wachstum. Pakistan hat gegenwärtig 217 Millionen Einwohner/-innen (etwa 6 Prozent mehr als 2017). Zwischen 1990 und 2019 hat sich die Bevölkerung Pakistans mehr als verdoppelt. 2050 soll die Bevölkerung Pakistans 403 Millionen betragen.

Befreiungsarmee Belutschistan

Anfang Juli klassifizieren die USA die Befreiungsarmee Belutschistan als globale Terrorgruppe. Ihre Unterstützung ist in den USA damit strafbar. Die pakistanische Regierung begrüßt die Entscheidung. In Pakistan ist die Bewegung seit 2006 verboten. Die Befreiungsarmee kämpft in der Provinz Belutschistan gegen pakistanische Sicherheitskräfte und fiel in den letzten zwölf Monaten vor allem durch Anschläge auf chinesische Projekte mit militärischem Potential auf. In Deutschland demonstrierten Belutschen im August, unter anderem in Berlin und Frankfurt, gegen außergerichtliche Tötungen von Belutschen und weitere Menschenrechtsverstöße, die sie der pakistanischen Regierung vorwerfen. In Frankfurt wurden sie vor dem pakistanischen Konsulat unter Androhung der Todesstrafe beschimpft.

Khan trifft Trump

Am 22. Juli traf Imran Khan erstmalig im Weißen Haus in Washington Donald Trump zum Einzelgespräch. Beide Staatschefs lobten die gemeinsame Zusammenarbeit für den Friedensprozess in Afghanistan und verständigten sich auf gemeinsame Handelsinteressen. In Diplomatenkreisen galt der dreitägige Besuch als Belohnung für die Unterstützung Pakistans bei den Gesprächen der US-Regierung mit den Taliban. Imran Khan bat Trump während der Pressekonferenz um eine Mediation mit Indien bezüglich Kaschmir, zu der sich Trump spontan bereit erklärte. Indien reagierte zwei Wochen darauf mit der Aufhebung von Artikel 370. Im persönlichen Gespräch mit Narendra Modi bei dem G7-Gipfel am 26. August meinte Trump, Indien und Pakistan könnten die Kaschmirfrage ohne amerikanische Beteiligung diskutieren.

Mehr Zensur nötig

Die pakistanische Telekommunikationsbehörde (PTA) forderte Ende Juli den Ausbau der technischen Fähigkeiten zum Blockieren von Inhalten in sozialen Medien. Alternativ könnten auch sämtliche sozialen Plattformen blockiert werden, so General Amir Azim Bajwa. Das zentrale Problem stellen blasphemische Inhalte in den sozialen Medien dar. PTA blockierte seit 2010 etwa 40.000 Webseiten wegen blasphemischer Inhalte und 850.000 Webseiten aufgrund pornografischer Inhalte. Die

Behörde beklagt, dass vor allem Twitter und Facebook unzureichend mit den pakistanischen Strafverfolgungsbehörden kooperieren. Aufgrund der kritischen Berichterstattung erklärte die Behörde, dass sie soziale Medien nicht per se zu blockieren beabsichtigt, sondern primär eine bessere Zusammenarbeit zur Löschung blasphemischer Inhalte anstrebt.

Grünes Pakistan

Pakistan hat gegenwärtig einen Jahresverbrauch von 55 Milliarden Plastiktüten. Ein neues Gesetz soll Einmalplastiktüten ab Oktober verbieten. Der Umstieg auf Papiertüten ist schlecht vorbereitet. Für lediglich eine Milliarde Papiertüten müssten 14 Millionen Bäume gefällt werden, kritisiert ein Sprecher der pakistanischen Plastikhersteller (PPMA) das neue Gesetz. Die PPMA bot an, fünfmal dickere Plastiktüten herzustellen, die entsprechend teurer wären, aber mehrfach verwendet werden könnten. Verschiedene Stellen, darunter auch die Deutsche Botschaft, begannen mit der Verteilung von Stoffbeutel.

Kaschmirkrise

Pakistan reagierte scharf auf die indische Entscheidung vom 5. August, Kaschmir den Sonderstatus zu entziehen. Diplomatische Bemühungen gegen Indien werden international vorangetrieben. Das Militär wurde in erhöhte Wachsamkeit versetzt. Der bilaterale Handel wurde ausgesetzt. Indiens Botschafter in Islamabad wurde ausgewiesen und Pakistans Botschafter in Neu-Delhi zurückgerufen. Zug- und Busverbindungen zwischen beiden Ländern wurden gestoppt. Das Informationsministerium begann eine „Say No to India“-Kampagne und verbot sämtlichen Kulturaustausch und jegliche Kooperation im Unterhaltungssektor. Die Medienaufsicht (PEMRA) verbot alle indischen Inhalte – insbesondere Werbung, die in Indien produziert wurde – mit dem Hinweis der Kulturinvasion. Kinos dürfen keine indischen Filme mehr zeigen. Am pakistanischen Unabhängigkeitstag am 14. August sollte die Solidarität mit Kaschmir ausgedrückt werden. Der 15. August, Indiens Unabhängigkeitstag, wurde als *Black Day* betrauert. Internationale Beobachter kritisierten das Primat des Militärs und die Instrumentalisierung diverser Regierungsbehörden für eine Agenda des Militärs, die keine Absicht einer Konfliktminimierung erkennen lasse.